

Hamburg als politische Kategorie

Warum wir optimale Bedingungen für einen erfolgreichen Gebührenboykott haben.

"Hamburg!

Das ist mehr als ein Haufen Steine, Dächer, Fenster, Tapeten, Betten, Straßen, Brücken und Laternen. Das ist mehr als Fabrikschornsteine und Autogehupe - mehr als Möwengelächter, Straßenbahnschrei und das Donnern der Eisenbahnen - das ist mehr als Schiffssirenen, kreischende Kräne, Flüche und Tanzmusik - oh, das ist unendlich viel mehr. [...]

Mehr, mehr als ein Haufen Steine! Das ist Tod und Leben, Arbeit, Schlaf, Wind und Liebe, Tränen und Nebel!

Das ist unser Wille, zu sein: Hamburg!"

Wolfgang Borchert, "In Hamburg"

Der Kampf gegen Studiengebühren an der Universität Hamburg hat eine lange Geschichte.

In der Tradition ausgeprägter Kontrahenz zwischen Pfeffersäcken und organisierter Hafendarbeiter-schaft treffen hier der neoliberale Technokrat Träger und eine kritische Studierendenschaft aufeinander: Auf der einen Seite der Wissenschaftssenator der rechtesten Landesregierung der Republik (hier gilt immer noch das Regierungs-Programm aus Schill-Zeiten), auf der anderen Seite Studierende, die ihr Engagement für die Gebührenfreiheit als Teil gesellschaftlicher Opposition für die Humanisierung der Lebensbedingungen aller betreiben.

In dieser Gegnerschaft haben wir an der Uni Hamburg bundesweit einmalig gute Bedingungen erringen können, das nötige Beteiligungsquorum am Gebührenboykott zu erreichen - und sehr viel mehr.

Die Auseinandersetzungen um die Studiengebühren als Grundkontroverse um die Hochschulentwicklung ernst nehmend haben wir - schon seit es um die bundesweite gesetzliche Verankerung der Gebührenfreiheit ging - mit mehreren Unterschriftensammlungen die kritische Position der Studierenden dokumentiert. Dies fand seinen Höhepunkt in der Urabstimmung 2005, bei der sich 13.000 Studierenden beteiligten und zu 95% für die Gebührenfreiheit votierten.

Ausgehend von der kritischen Verantwortung der Wissenschaft für gesellschaftlichen Fortschritt haben wir im Bündnis mit den anderen Mitgliedergruppen der Universität immer wieder und bis zum heutigen Tag grundlegend ablehnende Stellungnahmen des Akademischen Senat zum Bezahlstudium erwirken können.

Mit der Kritik an der Kommerzialisierung der Bildung und der damit beabsichtigten Unterordnung von Mensch und Wissenschaft unter das Verwertungsprinzip haben wir bei Vollversammlungsdebatten und -beschlüssen, auf Demonstrationen und in den Anhörungen zum Gesetzgebungsprozeß dem Senat nach Kräften eingeheizt.

Mit den Kampagnen zum Verwaltungsgebührenboykott haben wir dafür gesorgt, daß die profitorientierten Motive und inhumanen Konsequenzen der Gebühreneinführung

und die alternative Perspektive solidarischer Entfaltung auch nach der Gesetzesverabschiedung weiter diskutiert werden.

Unter diesem politischen Druck werden dem Senat die Beschönigungen und Verharmlosungen zunehmend unmöglich - die prinzipiell sozial einschränkende Wirkung der Studiengebühren implizit eingestehend, muß Träger inzwischen Befreiungstatbestände gelten lassen, die voraussichtlich für deutlich über ein Drittel aller Studierenden das Ausbleiben der Zahlpflicht bedeuten.

Außer dieser offensichtlichen Delegitimierung der Gebühren haben wir in zwei weiteren entscheidenden Punkten so eine günstige Ausgangslage für die Wiederherstellung der Gebührenfreiheit erreicht: Die **zeitliche Entkoppelung von Rückmeldung (bis 31.03.2007) und Gebührenerhebung (voraussichtlich 15.06.2007)** verlängert den Mobilisierungszeitraum für den Boykott, ermöglicht eine Beteiligung auch der Erstsemester und schließt die praktischen Widrigkeiten andernfalls vielleicht verspäteter Semesterunterlagen aus - alle werden diese erhalten, noch bevor der erste Gebührenbescheid versendet worden ist. Außerdem werden **Studienkredite nicht wie andernorts von der Bank an die Uni überwiesen, sondern den Studierenden**, die ein Darlehen aufnehmen müssen, selbst ausgehändigt - sie können damit dann höchst Sinnvolles tun....

Diese Errungenschaften sind zugleich Verpflichtung für einen schwungvollen, kämpferischen und dadurch gelingenden Boykott. Auch für die Hochschulen in anderen Bundesländern, wo das Boykottquorum bisher verfehlt wurde, an denen nun die Notwendigkeit der inhaltlichen Reichweite neu diskutiert und ein weiterer Versuch geplant wird, haben wir mutmachende Verantwortung, *"die echten Hamburger, die nie vor die Hunde gehen und immer richtigen Kurs haben!"*

(Wolfgang Borchert, s.o.).



So läuft der Boykott:

0. Der Boykott

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der allgemeinen Studiengebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Studiengebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Die Kontonummer und die genauen Einzahlungsmodalitäten findet Ihr in den AGBs (siehe <http://www.gebuehrenboykott.de/agb.html>). Das Konto wird vom Rechtsanwalt Martin Klingner im Auftrag des "Verein zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der Universität Hamburg e.V." geführt, in dem sich der erheblich erweiterte Kreis der am Boykott beteiligten Gruppen mit gesellschaftlichen Bündnispartnern zusammenfindet.

1. Die Überweisung

Der Boykott der allgemeinen Studiengebühren ist Teil einer bundesweiten Kampagne, deshalb boykottieren wir zum Sommersemester 2007 länderübergreifend einheitlich die allgemeinen Studiengebühren in Höhe von 500 Euro.

Wer noch nicht von den allgemeinen Studiengebühren befreit wurde, überweist seine Studiengebühr (500 Euro) auf das extra zu diesem Zweck eingerichtete Treuhandkonto. Auf den Überweisungsträgern sind unbedingt die Matrikelnummer und der Name einzutragen, ein Muster befindet sich bei den AGBs (s.o.).

2. Das Quorum

Beteiligen sich bis zum Stichtag (drei Tage vor Ende der Zahlungsfrist) für die allgemeinen Studiengebühren (derzeit der 12.06.2007) mindestens 10.000 Studierende (etwa ein viertel der Studierenden der Uni HH) an der Aktion, so wird der Boykott wirksam: Das Geld wird nicht an die Uni überwiesen. Sicher ist: Der Senat kann es sich sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen nicht leisten, auf einen Schlag ein Viertel der künftigen Akademiker zu verlieren. Er ist also gezwungen, allen, auch ohne die Zahlung der Gebühren, das Studium zu ermöglichen.

Erreichen wir die Beteiligung von 10.000 nicht, wird das Geld zum Ende der Einzahlfrist vom Treuhandkonto unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen. Alle, die ihre allgemeinen Studiengebühren zuvor auf dem Treuhandkonto eingezahlt haben, bleiben immatrikuliert und wir haben wichtige Erfahrungen für die nächste Runde gewonnen. Es gilt: Wer kämpft, kann nicht verlieren, aber sehr viel gewinnen.

3. Hinweis zum Befreiungsverfahren:

Die Gebührenbescheide werden erst nach Beginn des Sommersemesters verschickt. *"Vor Erhalt eines Gebührenbescheides besteht keine Zahlungspflicht, die Studiengebühren des Sommersemesters 2007 werden zum 15. Juni 2007 fällig"* (siehe www.uni-hamburg.de) und können somit gemeinsam boykottiert werden. Alle Studierenden haben vier Wochen nach Erhalt des Gebührenbescheides Gelegenheit, Anträge zur Befreiung von den Gebühren zu stellen. Viele Befreiungsgründe müssen jedoch noch durch politische Kämpfe und juristische Auseinandersetzungen erstritten werden.

bitte wenden 